

NUTZER*INNEN- UND SOZIALRAUM- FORSCHUNG IM KONTEXT SOZIALER ARBEIT

Thorsten Schlee

Katja Jepkens

INTESO – INTEGRATION IM SOZIAL-
RAUM. WORKING PAPER NR. 2:
Lokale Netzwerke in der sozialräumlichen
Arbeit mit Geflüchteten.

SCHRIFTENREIHE

#2

FSPE

2023

IMPRESSUM

Düsseldorf, 2023

Erstveröffentlichung: 2017

Nutzer*innen- und Sozialraumforschung im Kontext Sozialer Arbeit | Nr. 2 |
2023

„INTESO – Integration im Sozialraum. Working Paper Nr. 2: Lokale Netzwerke in
der sozialräumlichen Arbeit mit Geflüchteten.“

Autor*innen

Dr. Thorsten Schlee
Katja Jepkens (<https://orcid.org/0000-0002-4381-6080>)

Forschungsprojekt

Integration im Sozialraum: Lokale Konzepte zur Vernetzung und Steuerung
zivilgesellschaftlicher und institutioneller Ressourcen in der Arbeit mit Flüchtlin-
gen (INTESO).

Projektleitung

Prof. Dr. Anne van Rießen
Prof. Dr. Ulrich Deinet
Prof. Dr. Reinhold Knopp

Laufzeit

09/2016 bis 11/2019

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Anne van Rießen
Prof. Dr. Ulrich Deinet
Prof. Dr. Christoph Gille

Forschungsstelle für sozialräumliche Praxisforschung und Entwicklung

Hochschule Düsseldorf
Münsterstraße 156
40476 Düsseldorf

ISSN: 2750-5154
DOI: 10.20385/opus4-3510

Diese Ausgabe wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0
International Lizenz veröffentlicht (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>)

ABSTRACT

Das Forschungsprojekt INTESO untersucht in den Düsseldorfer Stadtbezirken 5 (SB 5: Stockum, Lohausen, Kaiserswerth, Wittlaer, Angermund und Kalkum) und 6 (SB 6: Lichtenbroich, Unterrath, Rath und Mörsenbroich) die Arbeit von sozialräumlich ausgerichteten Welcome Points und damit Möglichkeiten, Integrationsanliegen sozialräumlich zu handhaben.

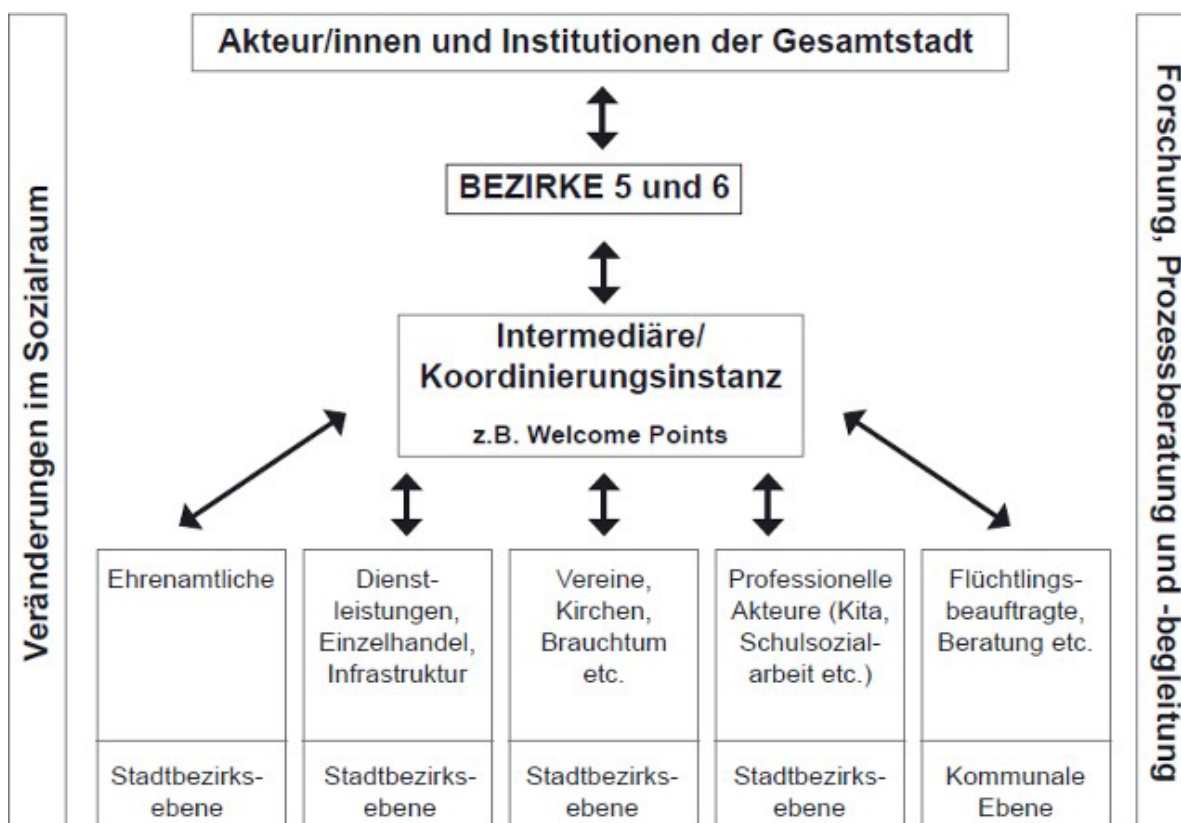


Abbildung 1: INTESO Projektskizze. Eigene Darstellung.

INTESO fragt nach Bedingungen und Voraussetzungen einer sozialräumlichen Zuwanderungs- und Integrationsarbeit, nach der Rolle der Welcome Points im Stadtbezirk und den zuwanderungsbedingten Veränderungen im Sozialraum. Das vorliegende Working Paper *Lokale Netzwerke in der sozialräumlichen Arbeit mit Geflüchteten* unternimmt einen ersten Anlauf, Kommunikationszusammenhänge der sozialräumlichen und lokalen Geflüchteten- und Integrationsarbeit empirisch zu erfassen und nachzuzeichnen.

Konzeptionell gilt es zunächst zu fragen, welche Problemanalyse der gegenwärtigen „Expansionsdynamik“ (Emmerich 2010, S. 363) lokaler Netzwerkarrangements in verschiedenen Feldern des Sozialen zu Grunde liegt und welche Erwartungen sich an die gegenwärtige Netzwerkeuphorie knüpfen (Kapitel 2). Darauf aufbauend schildern wir unsere Feldzugänge und Erhebungsformate, wie auch die Differenzen in den untersuchten Stadtbezirken 5 und 6 (Kapitel 3). Schließlich führen wir unser Datenmaterial zusammen, um so einen Einblick in die Arbeits- und Kommunikationszusammenhänge lokaler Geflüchteten- und Integrationsarbeit zu geben (Kapitel 4).

INHALT

1. WOZU SOZIALRÄUMLICHE/ LOKALE/ KOMMUNALE VERNETZUNG?.....	6
2. FELDZUGÄNGE IN DIE UNTERSUCHTEN STADTBEZIRKE 5 UND 6	6
2.1 Feldzugänge	8
2.2 Räumliche Struktur, Sozialstruktur und Dichte an sozialen Dienstleistungen	10
3. LOKALE NETZWERKE IN DER ARBEIT MIT GEFLÜCHTETEN.....	13
3.1 Die runden Tische und ihre Arbeitszusammenhänge.....	13
3.2 Die Rolle der Sozialbetreuer_innen und ihre Arbeitszusammenhänge.....	15
3.3 Thematische Struktur der Arbeitszusammenhänge der Sozialbetreuer_innen...	16
4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN.....	23
LITERATUR.....	25

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: INTESO PROJEKTSKIZZE. EIGENE DARSTELLUNG.	3
ABBILDUNG 2: NETZWERKKARTE AUS EINEM INTERVIEW MIT EINER SOZIALBETREUERIN.	9
ABBILDUNG 3: KURZPROFILE DER §§ 5 UND 6. EIGENE DARSTELLUNG.	10
ABBILDUNG 4: ARBEITZUSAMMENHÄNGE DES RUNDEN TISCHS LICHTENBROICH. EIGENE DARSTELLUNG.	13
ABBILDUNG 5: ZWISCHENERGEBNISSE DER GRUPPENDISKUSSION EINES WORKSHOPS.	14
ABBILDUNG 6: ARBEITZUSAMMENHÄNGE VON SOZIALBETREUER_INNEN NACH THEMENFELDERN.	16

1. WOZU SOZIALRÄUMLICHE/ LOKALE/ KOMMUNALE VERNETZUNG?¹

Strategien lokaler Vernetzung werden durchweg als Folge einer zu weit getriebenen Differenzierung und Fragmentierung sozialstaatlicher Aufgabenwahrnehmung beschrieben. In einem sehr weiten Sinn antworten wohlfahrtsstaatliche Politiken auf Phänomene gesellschaftlicher Desintegration. Als soziale Probleme werden sie an „die Politik“ adressiert. Die Lösungsansätze des politisch administrativen Systems sind dabei entsprechend seiner internen Differenzierung in Sektoren (sektorale bzw. horizontale Gliederung) im Mehrebenensystem (vertikale Gliederung) hochgradig spezialisiert und verrechtlicht. Das ist einerseits Ausdruck von Fachlichkeit und Professionalisierung; andererseits jedoch besteht die Tendenz, dass die spezialisierten Hilfesysteme einen ganzheitlich gedachten Personenzusammenhang aus den Augen verlieren. Problembearbeitungen setzen nicht an „dem Menschen“ oder einer Person an, sondern eben an seinen Sprachfähigkeiten, seinem unruhigen oder abweichenden Verhalten, an Kompetenzerweiterungen usf. Die interne Ausdifferenzierung sozialstaatlicher Leistungen erzeugt eine Vielfalt von Maßnahmen und Angeboten, die von Akteur_innen unterschiedlicher politischer Ebenen (Bund, Land, Kommune) ihren Ausgang nehmen. Strategien lokaler Vernetzung antworten in diesem Sinn auf die funktional differenzierte Bearbeitung sozialer Probleme im politischen Mehrebenensystem. Sie fordern die Zusammenarbeit verschiedener Organisationen mit ihren Problemwahrnehmungen, formal geregelten Handlungsoptionen und Organisationsroutinen, an komplexen Problemlagen (Stöbe-Blossey 2016, S.162f.; Bode 2017, S. 50f.).

Die Problemanalyse der Fragmentierung des Sozialstaates sowie die daran anschließende Lösungsstrategie, die auf Kommunalisierung und lokale Vernetzung setzt, ist gleichsam feldübergreifend zu beobachten. Integration (mit ihren bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Implikationen) wird genauso als lokale Querschnittsaufgabe verstanden, wie Fragen pflegerischer und medizinischer Versorgung im Alter einen hohen Grad an lokaler Zusammenarbeit und Vernetzung erfordern. Es scheint, – wie Renate Mayntz (1997, S. 247) – festhält, dass die „Kombination von funktioneller Differenzierung und organisatorischem Wachstum“ fast schon automatisch einen gewissen Dezentralisierungsdruck erzeugt. und räumlich gebundene Kommunikationsarrangements gewinnen an Plausibilität und so lautet „Lokale Netzwerke stärken!“ das Gebot der Stunde.

¹ Während mit der Kommune ein konkreter Bezug auf die wohl definierte unterste Ebene im Staatsaufbau gegeben ist, gilt es den Begriff „sozial-räumlich“ weiter zu spezifizieren, da er – ohne weitere Bestimmung – zunächst nur einen eher diffusen Raum- oder Gebietsbezug impliziert. Für unseren Untersuchungszusammenhang gilt, dass die Welcome Points auf Stadtbezirksebene angesiedelt sind. Damit besteht die Möglichkeit, den innerhalb der Stadtbezirke und auch innerhalb der Stadtteile (denen keine Vertretungs- oder Verwaltungseinheiten zugeordnet sind) sich hochgradig differenzierenden Bevölkerungsstrukturen, Raumordnungen und Raumaneignungen ebenso differenziert Rechnung zu tragen. Damit ist keine Gleichsetzung von Stadtbezirk und Sozialraum gemeint, sondern „sozialräumlich“ bezeichnet eine Wohnumgebung und sozialen Nahraum, der sich sowohl auf die vorhandene bauliche und infrastrukturelle Umwelt als auch die lebensweltlichen Nutzungsweisen und -beziehungen der dort lebenden Menschen bezieht. Ein solcher Sozialraum- bzw. Quartiersbegriff berücksichtigt also ausdrücklich das soziale Handeln im Raum und die dabei kollektiv erfahrenen Umweltstrukturen und -bedingungen, ebenso wie individuell unterschiedlich wahrgenommene Lebensweltperspektiven in der Wohnumgebung oder auch innerhalb der genutzten Wohnform (van Rieën/Bleck/ Knopp i.E. 2018, S. 2). Lokal bezeichnet in der Regel einen unspezifischen, damit aber recht flexiblen räumlichen Bezug, der abwechselnd inner-kommunale Kommunikationszusammenhänge, Netzwerke in Kreisen oder in Städte- regionen etc. umfassen kann. Erst mit Blick auf die jeweils gemeinten Kommunikationszusammenhänge steckt der Begriff das Maß seiner Ausdehnung ab.

Gerade die kommunal zu bearbeitenden Herausforderungen der Neuzuwanderung der Jahre 2014-2016 macht die Erfindung und Weiterentwicklung lokaler und sozialräumlicher Kommunikations- und Arbeitszusammenhänge notwendig. Bei den hier fokussierten Adressat_innen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements verkoppeln sich verschiedene Anliegen. Mobilitätsmöglichkeiten, Zugänge zu Bildung, zum Arbeitsmarkt, zu Alters- und Gesundheitsversorgung koppeln sich im Modell nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit zunächst an die Zugehörigkeit zu einer Nation und abgestuft an den aufenthaltsrechtlichen Status neuzugewanderter Personen. Damit ist auf ein strukturelles Problem im Verhältnis von nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit und Migrationsbewegungen verwiesen, das Michael Bommes (1999, S. 30) wie folgt fasst: „Migration setzt offensichtlich moderne nationale Wohlfahrtsstaaten unter Wandlungsdruck: Ihre Legitimität und Finanzierbarkeit beruhte implizit oder explizit auf der erfolgreichen Kontrolle und Begrenzung von Zuwanderung.“ Die Bearbeitung dieser selbst erzeugten „Integrationsbremsen“ ist zentraler Gegenstand lokaler Kooperationen.

In diesem Kontext versprechen gerade sozialräumliche Herangehensweisen in funktionaler Hinsicht eine effektive Zusammenarbeit von lokalen Migrant_innenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen (etwa Flüchtlingsinitiativen etc.) sowie den jeweils involvierten Verwaltungseinheiten. Zugleich ist ein detaillierter Blick auf lokale Arbeitszusammenhänge wie auch auf das Lebensweltwissen aller in den Integrationsprozess beteiligten Akteur_innen zu erwarten, dass neuerlich zur (Weiter-)Entwicklung passgenauer und auf individuelle Bedarfslagen abgestimmter Angebote beitragen soll.

Diese plausible Ausrichtung lokaler Geflüchteten- und Integrationsarbeit wird jedoch kaum mit empirischem Wissen zu den „Netzwerken vor Ort“ unterfüttert. Inwieweit die von uns aufgezeigten lokalen Arbeitszusammenhänge diese Versprechen einer sozialräumlichen Geflüchteten- und Integrationsarbeit einlösen können und welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, dass diese Kalkulation aufgeht, können wir gegenwärtig im Ganzen noch nicht beurteilen. Wohl aber können wir nach einem knappen Drittel der Projektlaufzeit einen Blick auf die Struktur lokaler Arbeitszusammenhänge werfen.

2. FELDZUGÄNGE IN DIE UNTERSUCHTEN STADTBEZIRKE 5 UND 6

In einem Erhebungszeitraum von Dezember 2016 bis Juli 2017 bemühte sich das Forschungsprojekt INTESO Feldzugänge zu schaffen und verschiedene Erhebungs- und Kommunikationsformate zu erproben und umzusetzen. Ermöglicht wurde der Feldzugang durch die Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Düsseldorf, den Welcome Points, sowie den untersuchten Stadtbezirken 5 und 6

2.1 Feldzugänge

Die vorliegenden Darstellungen beruhen auf vier bislang durchgeführten Erhebungsformaten und dem daraus gewonnenen Datenmaterial:

a) Felderkundung (protokollierte Expert_innengespräche)

Die protokollierten Gespräche mit den jeweiligen Bezirksverwaltungsstellen sowie den Mitarbeiter_innen der Welcome Points (n=4) dienten der ersten Kartierung des Feldes sowie die Identifikation bestehender Kommunikationszusammenhänge in den Stadtbezirken 5 und 6:

- Runder Tisch Rath (SB 6)
- Runder Tisch Lichtenbroich (SB 6)
- Runder Tisch Flüchtlinge (SB 6)
- Stadtbezirkskonferenzen Seniorenarbeit (SB 5 und SB 6)
- AK Wohnen (SB 6)
- Treffen der Schulsozialarbeiter_innen des SB 6 im Rahmen des Modellprojekts „Kein Kind zurücklassen“
- Stadtbezirkskonferenz Jugend (SB 6)
- Ehrenamtliche Flüchtlingshilfeinitiativen (SB 5)

b) Workshops in lokalen Kooperationsforen im Stadtbezirk 6

Die beiden untersuchten Stadtbezirke 5 und 6 unterscheiden sich in der Dichte organisierter Kommunikationszusammenhänge (siehe unten). Während im Stadtbezirk 6 Runde Tische in verschiedenen Stadtteilen stattfinden und zusätzlich themenspezifische Zusammenkünfte organisiert werden, existiert im Stadtbezirk 5 – außer der Stadtbezirkskonferenz Seniorenarbeit² – kein organisiertes und verstetigtes Austauschgremium. Dementsprechend variiert hier auch unser Feldzugang.

² Die viermal jährlich stattfindenden Stadtbezirkskonferenzen Seniorenarbeit wurden verpflichtend im Zuge der Einrichtung der ebenfalls sozialräumlich ausgerichteten „zentren plus“ im Februar 2007 eingeführt. Sie dienen der Vernetzung aller Akteur_innen der Senior_innenarbeit in einem Stadtbezirk, dem Informationsaustausch, der Bedarfsermittlung, Koordinierung und Steuerung der Aktivitäten der „zentren plus“ (Landeshauptstadt Düsseldorf 2006).

Im Stadtbezirk 6 besuchten wir verschiedene der o.g. Gremien, stellten das Projekt vor und führten in einem zweiten Schritt Workshops (n=4) mit den Teilnehmer_innen des jeweiligen Netzwerkes durch. In den Workshops wurde nach der Historie und dem Selbstverständnis des Gremiums gefragt. In Einzelarbeiten waren die Teilnehmer_innen aufgefordert ihre Arbeitskontakte zu benennen. In Gruppenarbeiten sollten darauf aufbauend zentrale Akteur_innen und lokale Themenschwerpunkte identifiziert werden, die schließlich in der Gesamtgruppe diskutiert wurden.

c) Leitfadengestützte Expert_inneninterviews

Parallel zu den Workshops wurden leitfadengestützte Expert_inneninterviews mit Akteur_innen in beiden Stadtbezirken geführt. Der vorliegenden Auswertung liegen wesentlich die Interviews mit den in Unterkünften für Geflüchtete tätigen Sozialbetreuer_innen (n=5) zugrunde. Im Zentrum des Leitfadens standen strukturanalog zu den Workshops Fragen nach der individuellen Rolle, den Arbeitsschwerpunkten und den jeweiligen Zusammenarbeiten und Kommunikationswegen. Den Interviewpartner_innen wurden dazu egozentrierte Netzwerkkarten vorgelegt, in denen die Kontakte und Arbeitszusammenhänge nach Relevanz (subjektive Einschätzung der Befragten) in konzentrischen Kreisen angeordnet wurden (Straus 2010, S. 530).

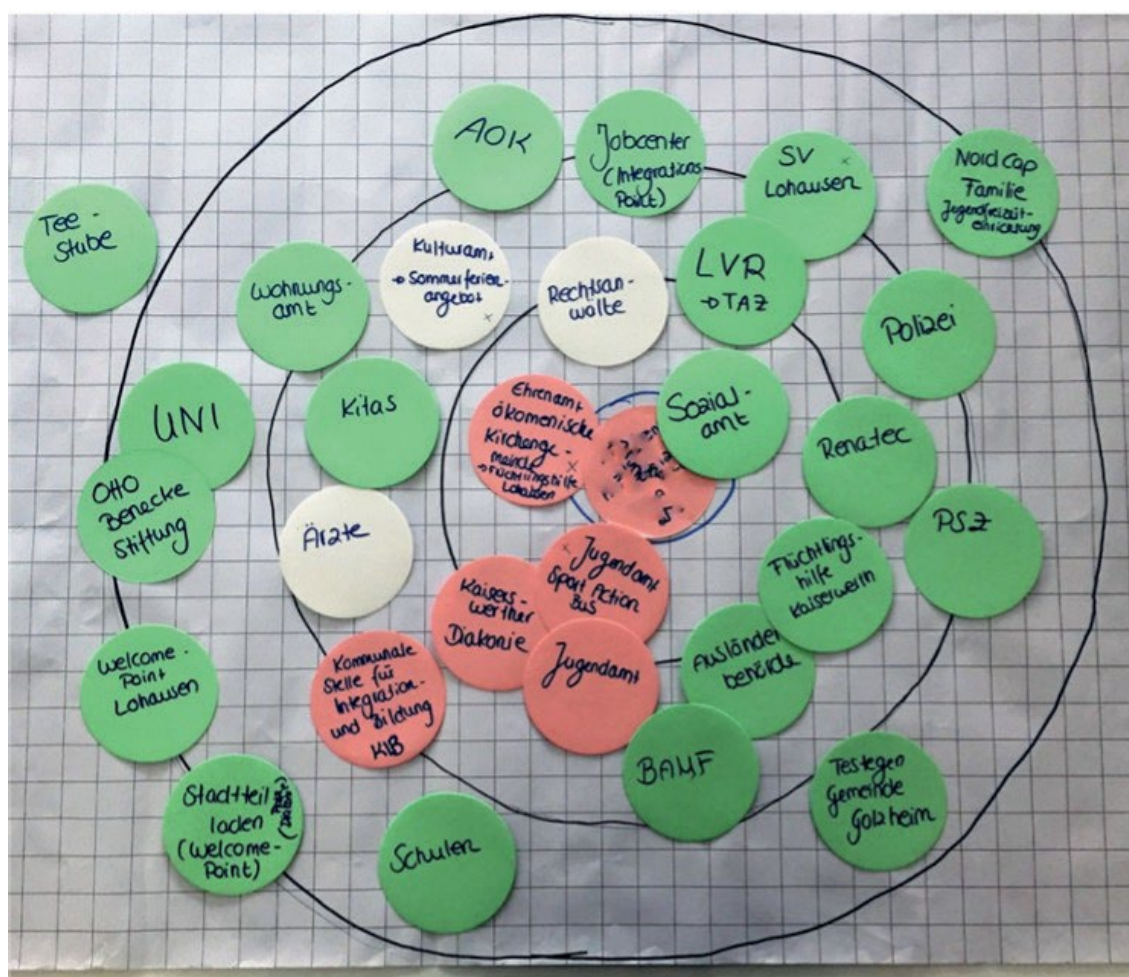


Abbildung 2: Netzwerkkarte aus einem Interview mit einer Sozialbetreuerin

Die Karten dienen nicht nur der Erfassung und Visualisierung von Kontakten, sie firmieren auch als Kommunikationsmedium im Interviewverlauf, an dem sich weitere Nachfragen und Inhalte

festmachen lassen. Derart entsteht eine nicht nur formale Netzwerklandschaft, sondern wir erhalten auch detaillierte Informationen zu Inhalten und Formen jeweiliger Zusammenarbeiten.

d) Ausblick: Focus Groups und Expert_inneninterviews

Neben weiteren leitfadengestützten Expert_inneninterviews mit Akteur_innen aus dem Ehrenamt wie auch aus der kommunalen Verwaltung werden zukünftig Focus Groups zu thematischen Schwerpunkten zusammengesetzt. Sie bringen die beteiligten Akteur_innen aus den verschiedenen Bereichen (z.B. Wohnen, Bildung, Beschäftigung, ...) zusammen und geben einen vertiefenden Einblick in die Struktur der jeweiligen thematischen Zusammenhänge.

2.2 Räumliche Struktur, Sozialstruktur und Dichte an sozialen Dienstleistungen

Die untersuchten Stadtbezirke unterscheiden sich hinsichtlich ihrer räumlichen Struktur, wie auch in ihrer Sozialstruktur. Das verdeutlichen die Kurzprofile der beiden Stadtbezirke:

KURZPROFIL STADTBEZIRK 5 UND 6	SB5	SB6	DÜSSELDORF
Einwohner	34.318	63.721	628.437
Fläche (km ²)	50,97	19,68	217,33
Einwohnerdichte (je km ²)	672	3.118	2.850
Bevölkerungsentwicklung 2005 -2015	7,50%	7,30%	6,30%
Beschäftigtenquote	47,40%	53,80%	54%
Arbeitslosenanteil	5,20%	11%	10,10%
Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit	5.673 (16,5%)	13.705 (21,5%)	246920 39,2
Personen mit Migrationshintergrund	10.073 (29,4%)	26.991 (42,4%)	246.920 (39,2%)
Unterbringung	659	1.870	7.755

Abbildung 3: Kurzprofile der SB 5 und 6. Eigene Darstellung.
 Quellen: Düsseldorf 2016a, Düsseldorf 2016b, Düsseldorf 2016c, Düsseldorf 2017.

Mit der unterschiedlichen räumlichen Struktur und der abweichenden Sozialstruktur unterscheidet sich zugleich die Dichte an integrationsrelevanten sozialen Dienstleistungen. Gleichermäßen bemerkenswert ist die Entstehung wohlorganisierter ehrenamtlicher Initiativen im SB 5.

a) Räumliche Struktur

Der Stadtbezirk 5 im Düsseldorfer Norden ist der mit Abstand größte Bezirk im Stadtgebiet. Die einzelnen Stadtteile sind räumlich fragmentiert und weisen eine vergleichsweise kleinstädtische Struktur auf. Der Anteil von ausländischen Personen ist unter dem städtischen Durchschnitt. Den

Stadtteil Angermund etwa beschreibt die Sozialräumliche Gliederung der Landeshauptstadt Düsseldorf (2011, S. 87) als ein Wohngebiet mit größtenteils teuren Eigenheimen, aber auch Mehrfamilienhäusern, während der Stadtteil Kaiserswerth „ein gehobenes Wohngebiet mit Mehr- und Einfamilienhäusern am Rhein“ ist, dessen Wohnflächenstandard deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegt (Landeshauptstadt Düsseldorf 2011, S. 89).

b) Sozialstruktur und Dichte an sozialen Dienstleistungen

Neben der räumlichen Fragmentierung ist die Sozialstruktur und die damit verbundene geringe Dichte an sozialen Dienstleistungen ein weiterer Erklärungsfaktor für den vergleichsweise niedrigen Grad an Netzwerkaktivitäten im Stadtbezirk 5. So sind beispielsweise die Bezirkssozialdienste der Stadtbezirke 1 (Stadtmitte) und 5 zusammengefasst, während in allen übrigen Düsseldorfer Stadtbezirken jeweils Bezirkssozialdienste ansässig sind. Die Stadtbezirkskonferenz Seniorenarbeit erwies sich damit als einziges, für unsere Fragestellungen jedoch nur bedingt anschlussfähiges, Gremium. Die geringe Dichte an sozialen Dienstleistungen führt dazu, dass bislang kein Anlass zu administrativ initiierten oder von Wohlfahrtsverbänden getragenen stadtbezirkweiten Vernetzungen gesehen wurde.

Im Unterschied dazu findet sich im Stadtbezirk 6 ein ausdifferenziertes Portfolio sozialer Dienstleistungen, das den Anliegen einer stark migrantisch geprägten Bewohner_innenschaft bereits langjährig Rechnung zu tragen sucht. Von besonderer Bedeutung erscheint hier das Rather Familienzentrum, in dem nicht zuletzt eine Integrationsagentur³ angesiedelt ist und in dem auch der Welcome Point des Stadtbezirks 6 seine Arbeit verrichtet. Damit bestehen bereits Strukturen und Erfahrungswerte in der Arbeit mit zugewanderten Personen, die für neue Angebote einen Anknüpfungspunkt bieten. Umgekehrt existiert in Stadtgebieten, die vergleichsweise wenig Integrationsanliegen verfolgten, ein höherer Entwicklungsbedarf bei der nun ebenfalls notwendigen Vernetzung ansässiger Leistungen.

c) Ehrenamtliches Engagement im Stadtbezirk 5

Umgekehrt jedoch existieren im Stadtbezirk 5 in mehreren Stadtteilen (v.a. Kaiserswerth, Angermund, Lohausen) jeweils sehr gut organisierte ehrenamtliche Flüchtlingsinitiativen, die Schnittpunkte zu Kirchengemeinden und damit auch überschneidend zu den ansässigen „zentren plus“ aufweisen, jedoch kaum Kontakte zu dem Welcome Point oder der Bezirksverwaltung pflegen.

³ Die sozialräumlich arbeitenden Integrationsagenturen bestehen seit 2007 in NRW. Die aktuelle Projektlandkarte führt zehn Integrationsagenturen im Düsseldorfer Stadtbezirk (Auf: <http://integrationsagenturen-nrw.de> 15.08.2017). Der jüngste Koalitionsvertrag der neuen NRW-Landesregierung hält fest, dass Integrations- und Teilhabegesetz kritisch zu prüfen, um sicherzustellen, dass die Integrationsagenturen (betrieben von Trägern der Wohlfahrtspflege) und die Kommunalen Integrationszentren, die in vielfältiger Weise an die Kommunalverwaltungen angeschlossen sind (Ulusoy u.a. 2016, S. 87f.), nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen, wobei wir an dieser Stelle noch keine Anzeichen von Aufgabenüberschneidungen oder Kollisionen haben feststellen können (NRW Koalition 2017, S. 109). Der Stadtteil Rath ist zudem ein Fördergebiet des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt, einem Teilprogramm der Städtebauförderung. Mit einer Projektlaufzeit von 2015-2018 ist hier ein Förderprogramm aus der Programmfamilie Bildung, Arbeit und Wirtschaft im Quartier (BIWAQ) des BMUB ansässig, das auf die Arbeitsmarktklusion von langzeitarbeitslosen Personen zielt. Der I.-Arbeit, der in den Interviews und Workshops immer wieder genannt wird, ist eine in diesem Rahmen geschaffene Struktur (Auf: https://www.biwaq.de/BIWAQ/DE/Projekte/Projekte_BIWAQ3/2222_D%C3%BCsseldorf.html Zugriff: 15.08.2017).

Eine solche Entwicklung hochgradig organisierter ehrenamtlicher Initiativen setzt ein entsprechendes unternehmerisches Organisationswissen, materielle Ressourcen und Zeit gleichermaßen vor- aus. Folgende Interviewaussagen von im Bezirk tätigen Sozialbetreuer_innen verdeutlichen den hohen Organisationsgrad dieser ehrenamtlichen, z.T. unternehmensförmig organisierten Flüchtlingshilfen:

„die Ehrenamtlichen vor Ort bieten eigentlich das meiste an Angeboten an, (...) sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene. Die sind wirklich aufgeteilt in verschiedene Teams und es gibt Angebote von Sport für Kinder, Sport für Erwachsene, Deutschkurse, einen Laden, in dem die Leute für 50 Cent bis einem Euro Kleidung kaufen können. Und das besteht eigentlich schon fast seit Eröffnung der Unterkunft. Das heißt November 2015.

Neben den Verdiensten der ansässigen Flüchtlingsinitiativen wird auch ein weiterführender Austausch im Stadtbezirk angeregt:

„ich fände es schön, wenn die Ehrenamtskreise im Stadtteil so wie im Stadtbezirk unter- einander besser vernetzt wären und der Informationsaustausch unter den Ehrenamts- kreisen besser laufen würde. Ich glaube nämlich, dass ich viele Fragen dann nicht mehr beantworten müsste. Und das würde zur Zufriedenheit der Ehrenamtler beitragen und (...) ja, und ich könnte mich dann wirklich auf die Fragen konzentrieren, die wichtig sind.“

Die rot markierten Akteur_innen sind folglich das hier dargestellte Netzwerk und zugleich die Teilnehmer_innen des runden Tisches. Die übrigen Nennungen bezeichnen auf dieser Datenbasis nicht näher zu beschreibende Arbeitszusammenhänge⁴. Die obige Abbildung basiert auf der Zusammenführung der im Runden Tisch Lichtenbroich während unseres Workshops anwesenden Personengruppen. Hier waren beispielsweise zwei Sozialbetreuer_innen anwesend.

Die Gruppendiskussionen in den Workshops priorisieren Themen und zeigen zukünftige Anliegen auf:

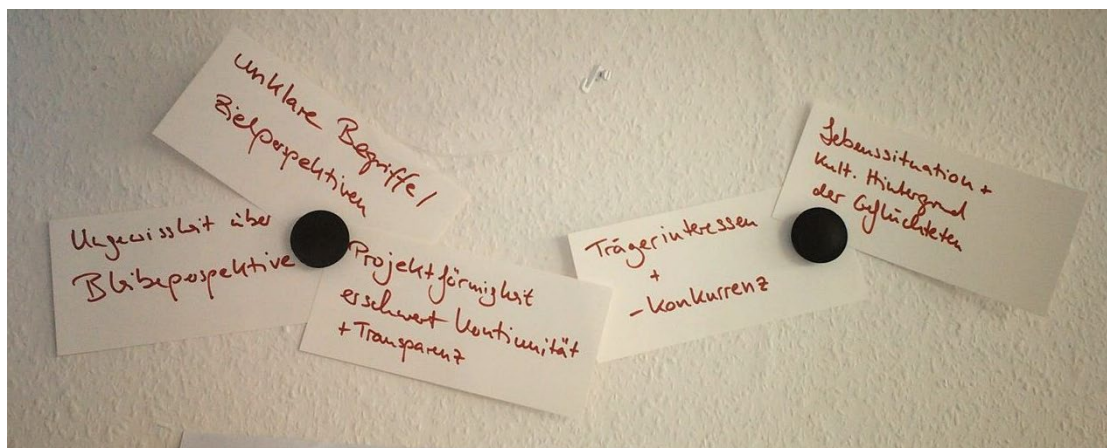


Abbildung 5: Zwischenergebnisse der Gruppendiskussion eines Workshops.

Die kommunikative Eigendynamik in den Gruppendiskussionen der Workshops führt immer wieder über die unmittelbaren Arbeitszusammenhänge und Anliegen hinaus und ermöglicht es damit, die eigene Integrationsarbeit breiter zu reflektieren. So wurden Fragen des Selbstverständnisses („Was verstehen wir eigentlich unter Integration?“ Hier als „unklare Begriffe/ Zielperspektiven“ angeführt) laut, die auch operative Arbeit anleiten können, und die weiter aufzugreifen sind. Darüber hinaus werden auch strukturelle Gegebenheiten der Arbeit vor Ort thematisiert. Die zeitliche Begrenzung und Projektförmigkeit der Integrationsarbeit steht im Widerspruch zur anvisierten Schaffung nachhaltiger und damit auch transparenter Förderstrukturen. Organisationale Eigenlogiken und Wettbewerb eines marktförmig organisierten Dritten Sektors hemmen einen organisationsübergreifenden Informationsfluss.

Die zahlreichen Nennungen von Arbeitskontakten innerhalb der Workshops jedoch wurden nicht allesamt in den Gruppendiskussionen thematisiert. Es bedarf deshalb der Korrelation mit den Daten aus den Expert_inneninterviews. Die unterschiedlichen Datensätze weisen dabei einen hohen Grad an inhaltlicher Überschneidung auf und identische Akteur_innen werden sowohl in den Workshops angeführt, als auch in den Interviews aufgegriffen und diskursiv erläutert. Erst mit diesen Ausführungen wird es möglich, Anlass und Thema der Kontakte näher zu bestimmen.

⁴ Anzumerken ist, dass hier Akteur_innen unterschiedlich konkret benannt werden. So sind z.B. an einer Stelle die „Sozialverbände“ oder die „Stadt Düsseldorf“ genannt, an anderer Stelle konkret der Caritasverband oder das Gesundheitsamt, an wieder anderer Angebote wie diverse Beratungsstellen, die ebenfalls von den Sozialverbänden und/oder der Stadt Düsseldorf vorgehalten werden.

3.2 Die Rolle der Sozialbetreuer_innen und ihre Arbeitszusammenhänge

Der Blick auf die Arbeitszusammenhänge des Runden Tisches Lichtenbroich (Abb. 4) zeigt die Sozialbetreuer_innen als Akteur_innen auf, die offenkundig unmittelbar mit den multiplen Anliegen und Problemlagen der Geflüchteten (von Fragen des Aufenthaltes über Fragen der Wohnungssuche bis hin zu Fragen der Bildungs- und Arbeitsmarktinklusioin) konfrontiert sind. Er lohnt deshalb, einen genaueren Blick auf diese zentralen Personen, die Themenstruktur ihrer Kontakte und ihre Rollenbeschreibung zu werfen. Dabei orientiert sich die Struktur der Darstellungen aus den für Politikfelder konstitutiven Elementen Themen (Issues) deren Deutungen, den beteiligten Institutionen und Akteure_innen (Blätte 2015, S. 99).

a) Rollenbeschreibung der Sozialbetreuer_innen

Die Sozialbetreuer_innen definieren ihre Rolle wesentlich als „Case Management“ in einer Vermittlerrolle in weiterführende Angebote: „Zwar wäre eine Einzelfallhilfe hilfreicher, um eine Integration der Menschen zu ermöglichen. Mit einem Schlüssel von 200:1 ist das sehr schwierig, das ist fast Sachbearbeitung und Vermitteln in andere Angebote.“

Eine individuelle Begleitung der multiplen Anliegen und Problemlagen neuzugewanderter Personen ist bei diesem Betreuungsschlüssel nur schwer zu verwirklichen; umso bedeutender ist die Transparenz lokaler Angebotsstrukturen.

b) Organisationsinterne Kommunikationswege

Für die Sozialbetreuer_innen ist der jeweilige Arbeitgeber der zentrale Kommunikationszusammenhang. Die Träger (etwa Caritas, DRK, etc.) unterhalten jeweils interne Flüchtlingskoordinationsstellen wie auch organisationsinterne Netzwerke und Austauschforen etwa zwischen den in einer Organisation tätigen Sozialbetreuer_innen. Dagegen kommt es nur selektiv zum interorganisationellen Erfahrungsaustausch (wie in den Runden Tischen Rath). Die Wohlfahrtsverbände führen ihre eigenen Datenbanken zu ehrenamtlich tätigen Personen oder unterhalten Personen mit speziellen Zuständigkeiten, wie der Entwicklung von Angeboten für ehrenamtlich Tätige oder die Vermittlung von Geflüchteten in Wohnungen. Diese organisationsinternen Kommunikationsstrukturen werden an verschiedenen Stellen parallel eingerichtet und unterhalten. Es ist zu vermuten, dass eine organisationsübergreifende Bündelung solcher Aufgaben weitere Synergieeffekte schaffen würde und Parallelstrukturen und Angebotsintransparenzen zu vermeiden hilft.

c) Bedeutung des Ehrenamts

Zugleich heben die Sozialbetreuer_innen die Bedeutung der ehrenamtlich tätigen Personen hervor. Zwar wird in der Regel festgehalten, das ehrenamtliche Engagement sei im Vergleich zu 2015 und 2016 rückläufig:

„Die anfängliche Euphorie ist abgeflacht und das ehrenamtliche Engagement geht zurück, was in diesem Stadtteil von Anfang an eher schwierig war. Aber wir bekommen immer noch Anfragen bezüglich ehrenamtlichen Engagements. Die Ehrenamtlichen sind alle sehr engagiert und zuverlässig. Ich habe so einen Respekt vor den Ehrenamtlern.“

Die Schilderung der Tätigkeiten der Sozialbetreuer_innen weist einen hohen Grad an Überschneidung mit dem Ehrenamt auf: Das wird auch so wahrgenommen: „Ehrenamtliche müssten dafür bezahlen werden, wenn die die gleiche Arbeit leisten, wie wir“ bemerkt ein_e Sozialbetreuer_in. Zugleich ist klar, dass weder alle professionellen Leistungen von ehrenamtlichen Personen getragen werden können: „Ehrenamtlich kann die Integration auch nicht gestemmt werden.“

Auch in der Beschreibung ausgewählter Handlungsfelder wird jeweils die Rolle ehrenamtlich tätiger Personen sichtbar. Als Paten haben sie eine prinzipielle Allzuständigkeit zur Bearbeitung von Integrationsanliegen, als Personen mit bestimmten Wissen und Erfahrungen wird in einzelnen Tätigkeitsfeldern (Bildung, Sprache, Wohnungsvermittlung etc.) auf sie zugegriffen (siehe unten).

Angesichts der gegenwärtigen anlassbezogenen Herausbildung des Arbeitsfeldes ist es nicht überraschend, dass professionelle Rollenbilder bislang wenig ausdifferenziert sind. Die Bearbeitung von Integrationsanliegen ist erwartbar eine Daueraufgabe und die sich dabei nun herausbildenden Strukturen in der Koproduktion von Leistung von professionell organisierten Dritt-Sektor-Akteur_innen, der öffentlichen Hand und zivilgesellschaftlichen Engagement bedarf weiterer Reflexionen und Ausdifferenzierung von Tätigkeiten und Tätigkeitsfeldern.

3.3 Thematische Struktur der Arbeitszusammenhänge der Sozialbetreuer_innen

Die Nennungen von Arbeitskontakten aus den Workshops reichen nicht hin, eine sinnvolle Akteur_innenstruktur nachzuzeichnen. Nennungen mögen summiert werden können; aus ihnen sind aber weder Anlass, noch Kontakthäufigkeiten und Gewichtungen herzuleiten. Wir haben deshalb die Nennungen aus den Workshops mit den Aussagen aus den leitfadengestützten Expert_inneninterviews korreliert. Damit wurde es möglich, die Kontakte der Sozialbetreuer_innen in Themenkreise bzw. Kommunikationszusammenhänge mit jeweils unterschiedlichen Akteur_innenkonstellationen zu gruppieren. Um Aufschluss über die Relevanz sozialräumlicher Kommunikationszusammenhänge zu generieren, haben wir – insofern das Interviewmaterial dazu Aussagen lieferte – diese Kontakte auch räumlich verortet. Schließlich wollten wir wissen, welche Art von Akteur_innen die Arbeit mit Geflüchteten prägt und wir haben dazu die gängige Unterscheidung von marktlichen, zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteur_innen an das Material herangebracht. Damit ergab sich für die Auswertung der Interviews folgende Codiersystematik:

- (1) Verortung der Akteur_innen (Sozialräumlich, Kommunal, Land/Bund)
- (2) Art der Akteur_innen (Öffentlich, Markt, Zivilgesellschaft)
- (3) Themenfeld (Arbeit, Bildung, Familie, Gesundheit, Wohnen etc., siehe unten)

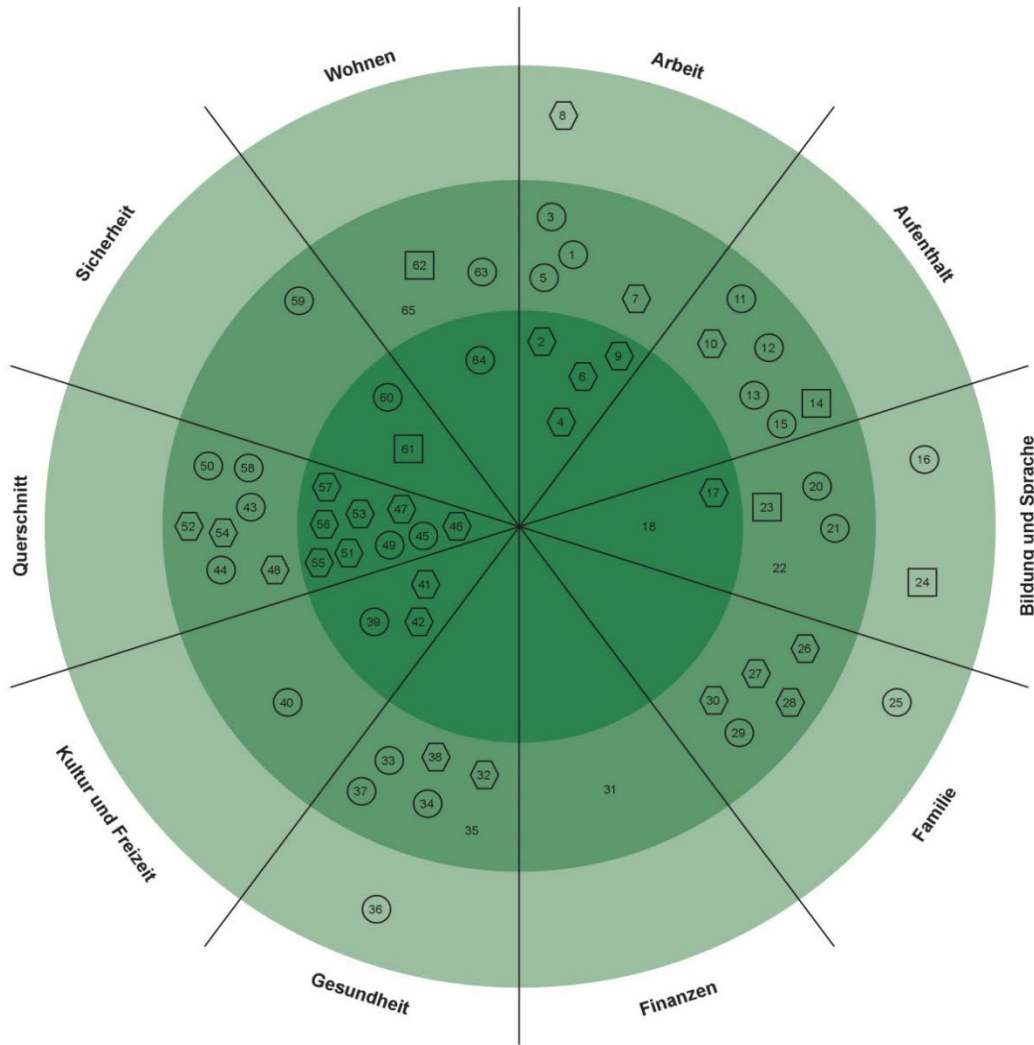
Während wir mit unseren Vorannahmen nach der Verortung der Akteur_innen und deren Art gefragt haben, ergaben sich die Themenfelder induktiv aus dem Material.

Zu (1) Betrachtet man zunächst die räumliche Reichweite der Flucht- und Integrationsrelevanten Kommunikationszusammenhänge, wird deutlich, dass der größte Teil der Kontakte auf gesamtstädtischer Ebene zu verorten ist. Augenfällig ist zugleich die Verortung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteur_innen auf Bezirksebene.

Zu (2) Als bedeutendste öffentliche Akteurin tritt eine zwar intern ausdifferenzierte⁵, in diesem Kontext aber doch als kollektive Akteurin zu fassende Kommunalverwaltung als Trägerin von Aufgaben in fast allen Themenfeldern in Erscheinung. Die Unterteilung von Akteur_innen in öffentlich, marktlich und zivilgesellschaftlich, stieß jedoch an verschiedenen Stellen an ihre Grenzen. Weder die genannten Bildungseinrichtungen, noch Krankenhäuser oder sonstige Formen sozialer Dienstleistungen sind hier durchweg klar zuzuordnen. Unter zivilgesellschaftlichen Akteur_innen fallen in unserer Darstellung auch die Wohlfahrtsverbände. Zugleich sind ihre Marktorientierung wie auch die professionellen Tätigkeiten, die sie tragen, nur schwer mit Vereinsaktivitäten und anderen Formen ehrenamtlichen Engagements zu vergleichen. Hier fehlt eine passende Differenzierungskategorie. Bei aller Ordnungsschwierigkeit wird der Grad an öffentlich-privat-zivilgesellschaftlichen Koproduktionsformen (Evers 2015) hier deutlich sichtbar.

Zu (3) Thematisch dominieren – das mag wenig überraschen – die Themenfelder Aufenthalt, Bildung und Sprache sowie Arbeit. Die absolut höchste Zahl der unten aufgeführten Akteur_innen aber lässt sich keinem dieser Felder eindeutig zuordnen. Dafür haben wir die Kategorie „Querschnitt“ gebildet. Sie fasst die große Zahl von Akteur_innen, die verschiedene Themenfelder bearbeiten (Akteur_innen mit umfassenden/Querschnittsaufgaben).

⁵ Hier genannte Akteur_innen mit kommunaler Beteiligung sind: Jobcenter, Integration Point, Einwohnermeldeamt, Standesamt, teilweise. Kitas, Schulverwaltungsamt, Schulen (als Schulträgerin), Jugendzentren, iPunkt Familie, Gesundheitsamt, Kulturamt, Amt für Soziale Sicherung und Integration (hier auch als Amt 50 mit seinen Untergliederungen geführt), Kommunale Integrationszentrum, Bezirksverwaltungen, BSD, Büro der Flüchtlingsbeauftragten, Ordnungsamt, Wohnungsamt und Wohnungsbau-gesellschaft.



Legende

Ebene

- Land/ Bund
- Stadt
- Sozialraum/ Stadtbezirk

Art

- Staat
- Markt
- Zivilgesellschaft

Akteur

- | | | |
|---|---|--|
| <p>Arbeit</p> <p>1 Arbeitsagentur</p> <p>2 BIWAQ</p> <p>3 Integration Point</p> <p>4 iPunkt Arbeit</p> <p>5 Jobcenter</p> <p>6 Renatec</p> <p>7 Jugendmigrationsdienst</p> <p>8 Otto Benecke Stiftung</p> <p>9 ZWD (Zukunftswerkstadt Düsseldorf)</p> <p>Aufenthalt</p> <p>10 Asylverfahrensberatung</p> <p>11 Ausländerbehörde</p> | <p>12 BAMF Außenstelle</p> <p>13 Einwohnermeldeamt</p> <p>14 Rechtsanwälte</p> <p>15 Standesamt</p> <p>Bildung und Sprache</p> <p>16 Hochschulen</p> <p>17 Jugendzentrum</p> <p>18 Kitas</p> <p>19 Schulen</p> <p>20 VHS Düsseldorf</p> <p>21 Schulverwaltungsamt</p> <p>22 Integrationskurse</p> <p>23 Sprachschulen</p> <p>24 Übersetzer (HA)</p> <p>Familie</p> <p>25 Bundesstiftung Mutter + Kind</p> <p>26 Erziehungsberatung</p> <p>27 Frauenberatungsstelle</p> <p>28 Hebammenzentrale</p> <p>29 iPunkt Familie</p> <p>30 Schwangerschaftskonfliktberatung</p> <p>Finanzen</p> <p>31 Schuldnerberatung</p> <p>Gesundheit</p> <p>32 AG Flüchtlingshilfe HHU</p> <p>33 Ärzte</p> <p>34 Gesundheitsamt</p> <p>35 Krankenhäuser</p> <p>36 Krankenkassen</p> <p>37 LVR-Klinikum</p> <p>38 PSZ</p> | <p>Kultur und Freizeit</p> <p>39 Abenteuerspielplatz</p> <p>40 Kulturamt</p> <p>41 Sportvereine</p> <p>42 Vereine</p> <p>Querschnitt</p> <p>43 Amt 50/4</p> <p>44 Amt für Soziale Sicherung und Integration</p> <p>45 Bezirksverwaltung 6</p> <p>46 Café Eden</p> <p>47 Ehrenamtler</p> <p>48 FIM der Caritas (intern)</p> <p>49 Jugendamt/BSD</p> <p>50 KI Düsseldorf</p> <p>51 Kirchengemeinden</p> <p>52 Migrationsberatung</p> <p>53 Rather Familienzentrum</p> <p>54 STAY! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative</p> <p>55 Welcome Point 5</p> <p>56 Zentrum Plus</p> <p>57 Flüchtlingshilfe Kaiserwerth</p> <p>58 Büro der Flüchtlingsbeauftragten</p> <p>59 Ordnungsamt</p> <p>Sicherheit</p> <p>60 Polizei</p> <p>61 Security</p> <p>62 Vermieter</p> <p>Wohnen</p> <p>63 Wohnungsamt</p> <p>64 Verwalter der Unterkünfte</p> <p>65 Wohnungsbaugesellschaften</p> |
|---|---|--|

Abbildung 6: Arbeitszusammenhänge von Sozialbetreuer_innen nach Themenfeldern. Eigene Darstellung.

a) Akteur_innen mit umfassenden/Querschnittsaufgaben

Das Ausrufen der Querschnittsaufgabe Integrationspolitik gehört seit Aufkommen der bundesweiten Integrationsdiskurse und der damit verbundenen bundes- und landespolitischen Problembearbeitungen zum Allgemeingut der Debatte. Organisatorische Querschnittslösungen verorten eine Problembearbeitung nicht bei einer Organisation, sondern verteilen die Zuständigkeiten zwischen verschiedenen Organisationen. Daraus können sich – wie Köhling und Stöbe Blossey (2017, S. 16f.) aufzeigen – unterschiedlichen Problemlagen in der lokalen Governancestruktur ergeben: Es kann zu Konstellationen kommen, in denen verschiedenen Akteur_innen gleichermaßen einen Anspruch auf die Problembearbeitung erheben und parallele Initiativen nebeneinander entstehen (Interferenz). Umgekehrt kann es zu Konstellationen kommen, die eine jeweilige Verantwortung an eine andere Organisation weiterschieben und sich in der Folge niemand zuständig fühlt (Diffusion). Schließlich entstehen Probleme des Übergangs zwischen verschiedenen Zuständigkeitsbereichen: Sie werden etwa in einem unserer Interviews beschrieben: „Besondere Probleme ergeben sich auch bei dem Wechsel der Zuständigkeiten zwischen dem Sozialamt und dem Jobcenter. Zum Teil waren Menschen in der Übergangsphase z.B. nicht krankenversichert“, denn erst nach der Anerkennung fallen die Geflüchteten unter die Zuständigkeit des SGB II, während zuvor das jeweilige kommunale Sozialamt die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz trägt.

Vor diesem Hintergrund beobachten wir im Feld zunächst Akteur_innen aus verschiedenen spezialisierten Kommunikationszusammenhängen mit je eigener Logik und Professionalität (Medizin, Jugendhilfe, formale Bildung, etc.) Hier werden entsprechend der eigenen Feld- und Professionslogik spezialisierte Angebote für neuzugewanderte Personen geschaffen. Daneben aber sehen wir Akteur_innen und Institutionen mit verschiedenen integrationsrelevanten Anliegen und Zuständigkeiten. So ist die Bezirksverwaltungsstelle in Fragen der Unterbringung involviert, aber auch mit Fragen der Koordination der Akteur_innen beschäftigt; das Café Eden des Jungen Schauspielhauses ist primär Begegnungsort (Kultur und Freizeit), aber organisiert zugleich Bildungs- und Beratungsangebote für Geflüchtete. Die Aufgaben des Jugendamtes und des Bezirkssozialdienstes betreffen die verschiedensten Anliegen aller jungen Menschen und zielen damit nicht spezifisch auf die Anliegen der Geflüchteten. Die Welcome Points in ihrer momentanen Gestalt nehmen eine Koordinierungsfunktion ein, organisieren jedoch auch selbst konkrete Angebote in verschiedenen Feldern. Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen. Insgesamt sehen wir ein Feld der sozialräumlichen Integrations- und Geflüchtetenarbeit vor uns, das durch verschiedene Zuständigkeits- und Handlungslogiken und sich an vielen Stellen überlappende Aufgaben gekennzeichnet ist.

Diese spezifische Feldstruktur lässt sich auf ein zentrales Spannungsfeld des Integrationsdiskurses zurückführen. Denn auf den unterschiedlichen politischen Ebenen ist bereits langjährig umstritten, ob ein Feld der Integrationspolitik, mit einem entsprechenden Ministerium und einem klar abgesteckten Zuständigkeitsbereich, zu entwerfen ist⁶, oder ob die bestehenden Zuständigkeitsordnungen ihre Regelangebote „nur“ auf die wachsenden Migrationsbewegungen zunehmend ausrichten sollten (Blätte 2016, S. 107). Insgesamt ist die Art und Weise der Ausformung des

6 Vgl. etwa die Studie zur Chancen und Voraussetzungen für ein Integrationsministerium auf Bundesebene (Brüning 2017). Auch medial wird der Diskurs auf verschiedenen Ebenen geführt, so etwa die lokalen Diskurse zur Einführung des Amtes in Düsseldorf, aber auch die überregionalen Plädoyers für und gegen ein Integrationsministerium auf Bundesebene (etwa: Braun 2017, Janssen 2017, Rheinische Post vom 06.07.2017).

Politikfeldes noch unentschieden. Die Landeshauptstadt Düsseldorf beantwortet diese Frage gegenwärtig mit der anvisierten Einführung eines Amtes für Migration und Integration, das eine Abteilung des Sozialamtes, die Ausländerbehörde, die Kommunale Integrationsstelle sowie das Büro der Flüchtlingsbeauftragten umfassen wird.

b) Die Themenfelder Bildung, Wohnen und Arbeit im Umriss

Themenfeld Bildung

Dieses Feld lässt sich in Anliegen der Sprachvermittlung, in Fragen der Aufnahme in die bestehenden Regelangebote (Kitas und Schulen) sowie die Anliegen non formaler Bildungsangebote (Freizeitangebote etc.) unterteilen.

Hervorgehoben wird der mangelnde Zugang zu Deutschkursen für Geflüchtete ohne gesicherten Aufenthaltsstatus: Zwar existieren Integrationskurse für anerkannte Asylbewerber_innen. Jedoch Sprachförderung für nicht anerkannte Asylbewerber_innen, z.B. Menschen aus Afghanistan, werden nicht immer für Integrationskurse zugelassen. Die Sozialbetreuer_innen versuchen dementsprechend diese Menschen in andere Sprachkurse zu vermitteln. Die Volkshochschule bietet z.B. Alphabetisierungskurse, besonders für Menschen, die nicht an Integrationskursen teilnehmen dürfen, an. Viele Bewohner_innen möchten einen Deutschkurs besuchen, aber die Möglichkeiten für kostenlose Deutschkurse sind sehr begrenzt. Auch sind diese Kurse zumeist nicht zertifiziert. Die Sozialbetreuer_innen nehmen dieses Feld als „Wirrwar“ wahr und es gibt keine Stelle, die hier für Transparenz sorgt.

Für die anfallenden Dolmetscheraufgaben stehen zu wenige Personen zur Verfügung. Hervorgehoben wird in diesem Bereich die Rolle des Ehrenamtes. Ehrenamtliche begleiten die neuzugewanderten Personen zu Ämtern, unterstützen beim Ausfüllen von Anträgen, fungieren als Sprachmittler_innen oder bieten Deutschkurse an. Vor allem die Sprache versperrt den Zugang in die Funktionssysteme; das gilt nicht nur für Bildung und Arbeit, sondern auch bei Fragen des Umgangs mit den Anforderungen des Sozialsystems: „Viele verstehen nicht, wie funktioniert das? Warum muss ich das noch machen? Warum muss ich wieder zum Sozialamt gehen?“ Erwähnt werden auch Passungsprobleme bei der Vermittlung von Sprachmittler_innen, die häufig männlich sind und von zugewanderten Frauen nicht akzeptiert würden.

Im Bereich der formalen Bildungseinrichtungen sind die Sozialbetreuer_innen vor allem mit der Anmeldung zu Kitas und Schulen beschäftigt, sie kümmern sich um Krankmeldungen oder sie werden v.a. von den Schulsozialarbeiter_innen kontaktiert, falls es Probleme in den Institutionen gibt. Die geflüchteten Kinder und Jugendlichen besuchen dabei zumeist Kitas und Grundschulen in der Nachbarschaft, während die weiterführenden Schulen im gesamten Stadtgebiet verteilt sind. Fehlende Betreuungsplätze für Kleinkinder haben direkt Auswirkungen auf die Chancen der Arbeitsmarktintegration zugewandeter Frauen (vgl dazu: IQ 2017b). Wegen der fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, können Mütter nicht zu den Sprachkursen gehen. Nur die Väter besuchen die Kurse: „Das ist ein großes Problem. Ich glaube, langfristig wird sich das auch auswirken auf die Gesellschaft.“

Zum Kommunalen Integrationszentrum bestehen Kontakte, wenn es um die Anmeldung bzw. die Zuweisung von Schüler_innen geht. Eine besondere Problemlage besteht für Jugendliche über 16 Jahren und damit im Übergang Schule-Beruf: „Von der Kommunalstelle für Integration und Bildung (KIB) bekommen sie gesagt, dass sie sich direkt an das Jobcenter wenden müssen. Die

Jugendlichen würden aber gerne zur Schule gehen.“ Das zentrale Problem sind auch hier die fehlenden Sprachkenntnisse. „Zahlreiche Jugendliche machen zwar Praktika, aber erhalten nur schwer einen Ausbildungsplatz.“

Zudem bestehen Kontakte zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Diese Angebote wurden wegen Unkenntnis von den Geflüchteten zunächst nur zögerlich angenommen und es musste ein Vertrauensaufbau stattfinden. Inzwischen jedoch werden auch ansässige Jugendfreizeiteinrichtungen gut genutzt. Das Jugendamt stellt zudem mobile Freizeitangebote (Jugend-Action-Bus) für die Kinder in den Unterkünften zur Verfügung. Probleme bestehen in diesem Feld zwischen Anliegen und Logik der Verwaltung von Unterkünften und den Anliegen einer offenen Kinder- und Jugendarbeit:

„So eine Unterkunft hat die Aufgabe Unterbringung, Verpflegung, Sicherheit für die Geflüchteten zu schaffen. Und das sind so die Themen, die die natürlich umtreiben. (...) Und jetzt kommen wir mit einem ganz anderen System, Offener Kinder- und Jugendarbeit, wo wir es am liebsten hätten, dass die Kinder ganz alleine hierherkommen. Das passt nicht.“

Themenfeld Wohnen

„Einen Wohnberechtigungsschein erhält man nur, wenn man anerkannt ist. Das heißt, die Klienten die hier und anerkannt sind, haben alle einen, oder wollen alle einen Wohnberechtigungsschein haben. Die Anträge müssen ausgefüllt und dorthin geschickt werden. (...) Natürlich kommen unsere Klienten fast jeden zweiten Tag rein und sagen, ich habe hier ein Angebot. Kannst du da anrufen? Kann das einmal gemacht werden? Und da arbeiten wir dann halt mit unseren Ehrenamtlichen und mit der Flüchtlingshilfe zusammen, die uns da einen großen Dienst erweisen, indem es diesbezüglich dann einfach funktioniert, dass Wohnungen gesucht werden.“

Das Thema Wohnen strukturiert sich durch die aufenthaltsrechtlichen Restriktionen (langandauernde Klärung des Aufenthaltsstatus, sowie Residenzpflicht) für geflüchtete Menschen sowie durch einen „katastrophalen“ und vor allem hochpreisigen Wohnungsmarkt in Düsseldorf. Auch die anerkannten Geflüchteten, die prinzipiell eine eigene Wohnung beziehen könnten, werden zu einem großen Teil mittel- bis langfristig in den Sammelunterkünften bleiben, da nur in Einzelfällen und durch gute Kontakte Aussicht auf eine eigene Wohnung besteht.

Die IAB-BAMF-SOEP Befragung hebt die unterschiedliche Wohnzufriedenheit in Unterkünften und privaten Wohnungen hervor (Brücker/Rother/Schupp 2016, S. 39f.). Wie es auch in unseren Workshops zur Sprache kam, werden vor allem der Geräuschpegel in den Unterkünften und die notwendig unterschiedlichen Lebensrhythmen der Bewohner_innen in Sammelunterkünften hervorgehoben. Daraus ergeben sich Folgeprobleme beim Besuch von Regelinstitutionen (Schulen-Kitas) wie auch bei Berufstätigkeit.

Auch im Bereich Wohnen spielen ehrenamtlich Tätige eine große Rolle. Sie unterstützen Geflüchtete häufig mit informellen Wissensressourcen aus ihrem privaten Umfeld:

„Kennt jemand jemanden, der gehört hat, dass da und da eine Wohnung frei wird. Viel gearbeitet wird über Mundpropaganda. Das Problem ist dann ganz häufig, dass die Ausländerbehörde eine Wohnsitzauflage raushaut, das heißt Wohnsitzauflage verpflichtend in Düsseldorf. Dementsprechend bleiben unsere Klienten auch ganz lange bei uns in der Unterkunft.“

Themenfeld Arbeit

Zentrales Anliegen im Feld Arbeit ist die Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrungen der Geflüchteten:

„Wir bekommen dann meistens die Klienten wieder zurück geschickt mit dem Schreiben vom Jobcenter, dass das anerkannt werden muss, beziehungsweise, dass die Klienten selber dann die Unterlagen mitbringen müssen. Das heißt dann im Umkehrschluss aber für die Klienten, dass Sie dann zum Dolmetscher müssen, dass das übersetzt werden muss, amtlich beglaubigt werden muss (...) dass dann auch Lebensläufe geschrieben werden und dass es dann wieder zum Jobcenter geht (...).“

Auf Bundes- und Landesebene wurden in den vergangenen Jahren Gesetze und politische Programme zur Vereinfachung der Erwerbsintegration neuzugewanderter Personen unternommen. Vor allem das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (-das landläufig als Anerkennungsgesetz bezeichnet wird-) schafft eine rechtliche Grundlage auf Überprüfung der Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen (BAMF 2016, S. 20). Auf Programmebene ist das BMAS-Programm „Integration durch Qualifizierung“ zu nennen, das lokale Erstanlaufstellen fördert, die Informationen bereitstellen, Anerkennungssuchende beraten und an die zuständige Stelle verweisen.⁷

Trotz der Gesetzgebungen zur Vereinfachung der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen und trotz der entsprechenden politischen Programmstrukturen erscheint unseren Interviewpartner_innen eine adäquate Anerkennung von Berufserfahrungen- und Ausbildungen der in den vergangenen Jahren geflüchteten Personen nicht nur mit großem bürokratischen Aufwand verbunden, sondern auch unwahrscheinlich: „Das ist selten der Fall.“

So hält auch eine Analyse der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderungsgruppen in Deutschland fest, dass – trotz insgesamt anhaltend positiver Arbeitsmarktkennzahlen – die Menschen aus nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten den schwierigsten Zugang zum Arbeitsmarkt haben (IQ-Fachstelle Einwanderung 2017, S. 6). Denn die positive Entwicklung der Kennzahlen betrifft vor allem deutsche Staatsangehörige und abgestuft auch Zuwanderergruppen aus den Balkanstaaten. Gleichzeitig unterscheidet sich auch die Art der aufgenommenen Tätigkeiten von den übrigen Zuwanderungsgruppen wie auch von deutschen Staatsbürger_innen. So ist eine Überrepräsentation von Migrant_innen in Niedriglohnsektoren zu beobachten (IQ-Fachstelle Einwanderung 2017, S. 6, S.10). Nur in Langzeitperspektive entschärft sich das Problem: So kommt die IAB-BAMF-SOEP Befragung zwar ebenfalls zu dem Ergebnis, dass von den 2015 zugewanderten Personen bislang nur 10 % einer Beschäftigung nachgehen. Gleichmaßen weisen – bei entsprechender Arbeitsmarktentwicklung – vergleichbare Wanderungsbewegungen darauf hin, dass die zugewanderte Personengruppe in 15-20 Jahren eine ähnliche Erwerbsbeteiligung wie die übrigen Bevölkerungsgruppen aufweisen (Brücker/Rother/Schupp 2016, S. 5).

⁷ Weitere Informationen zum Programm unter <http://www.netzwerk-iq.de/foerderprogramm-iq/programmuebersicht.html>. Die entsprechende Stelle in Düsseldorf erschien – trotz der Problematisierung des Feldes – hier jedoch nicht als Kontaktpartnerin.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

1. Sozialräumliche Ausdifferenzierung integrationsrelevanter Einrichtungen und Netzwerke

Mit dem Aufkommen bundesweiter Integrationsdiskurse und mit der Verantwortungsübernahme des politischen Systems für – wie auch immer bestimmte – gelingende Integrationsprozesse, die eben nicht weiter den gesellschaftlichen Systemen (v.a. Bildung und Wirtschaft) selbst überlassen bleiben sollen, rückt die Varianzbreite kommunaler Praktiken im Umgang mit Migration in den Fokus von Politik und Wissenschaft gleichermaßen. Diese Varianzbreite wird auf soziostrukturelle Voraussetzungen (v.a. die kommunalen Erfahrungen mit Zuwanderung) und unterschiedliche kommunalpolitische Schwerpunktsetzungen zurückgeführt (Schamann 2017). Unser Blick auf die Düsseldorfer Stadtbezirke 5 und 6 zeigt in dieser Hinsicht ein noch weitergehendes Ausmaß an räumlicher und verwaltungsstruktureller Differenzierung auf. Es ist davon auszugehen, dass nicht nur Differenzen zwischen Kommunen, zwischen Kreisen und kreisfreien Städten, eher ländlichen und eher städtischen Regionen, eher zuwanderungsskeptischen und zuwanderungsaffirmativen lokalen Politikstilen etc. bestehen, sondern dass auch innerhalb einer Kommune die vorhandenen integrationsrelevanten Einrichtungen sich sozialräumlich stark ausdifferenzieren. Bislang lag der Fokus sozialräumlicher Ansätze der Integrationsarbeit auf Fördergebieten des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt. Unser Blick in die Düsseldorfer Stadtbezirke 5 und 6 legt nahe, dass dieser Fokus auf Stadtbezirke mit besonderem Entwicklungsbedarf (etwa Gebhardt 2013) der gegenwärtigen Zuwanderungssituation nicht entspricht. Hinsichtlich lokaler Kooperationsstrukturen besteht gegenwärtig umgekehrt besonderer Entwicklungsbedarf in den Lokalitäten, die bislang nicht oder wenig mit dem Thema Zuwanderung beschäftigt waren, und in denen nun neue Formen lokaler Governance erst geschaffen werden müssen.

2. Verschränkung gesellschaftlicher Integrationsdiskurse und der Praktiken vor Ort

Was verstehen wir überhaupt unter Integration und in welche Gesellschaft integrieren „wir“? Diese in unseren Workshops aufkommenden Fragestellungen überschreiten den administrativen Fokus auf die verwaltungstechnische Handhabung von Zuwanderung, die Effektivität einzelner Maßnahmen und deren Zusammenspiel in der Gesamtschau. Gleichermaßen deutlich wird die Verschränkung dieser genuin gesamtgesellschaftlich politischen Fragestellungen mit den nur scheinbar rein technischen Problemlösungen vor Ort. Die Praktiken vor Ort schreiben sich in das Spannungsverhältnis restriktiver ordnungspolitischer Zuwanderungskontrolle und sozialstaatlicher Integrationsbestrebungen genauso ein wie in das Spannungsverhältnis von ökonomischer Verwertung von Zuwanderung und einem humanitären gesellschaftlichen Selbstverständnis, wie es etwa Art 16 GG genauso formuliert, wie ein prinzipiell existierendes gemeinsames europäisches Asylsystem (Schott Mehrings 2016, S. 128). Auch die noch unentschiedene Form der Ausprägung eines rechtlich-administrativ zugeschnitten Feldes „der Integrationspolitik“ mit eigenständiger rechtlicher Grundlage, Institutionen, Akteur_innen und Themen (Blätte 2015) und dessen Verhältnis zu bestehenden spezialisierten Formen der Problembearbeitung wird nicht nur thematisiert, sondern schlägt sich in den aufgezeigten überlappenden Zuständigkeiten von Akteur_innen nieder. Notwendig ist hier eine engere Verschränkung von politischen Diskursen zu gesellschaftlichen Selbstverständnissen und der operativen Arbeit vor Ort.

3. Verhältnisbestimmung von ehrenamtlichen und professionellen Tätigkeiten

Dass sich das Feld kommunaler Integrationsarbeit in Suchbewegungen befindet, wird auch in der noch unklaren Verhältnisbestimmung von ehrenamtlichen und professionellen Tätigkeiten sichtbar. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist einerseits zentrale Stütze der gegenwärtigen lokalen Integrationsarbeit: „Ohne die können wir nicht die Arbeit leisten.“ Gleichmaßen unklar sind die Aufgabenzuschreibungen und Grenzen ehrenamtlicher Tätigkeitsbereiche, die ganzheitliche persönliche Begleitung aber auch sehr spezifische Unterstützungs- und Hilfeleistungen gleichermaßen umfassen. Betrachtet man dagegen die Kontaktstrukturen von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den besuchten Workshops, so wird auch hier eine interne Versäulung sichtbar. Vereinsvertreter_innen etwa wünschen sich mehr Kontakt in die professionellen Hilfearrangements, während die tatsächlichen Kontakte nicht über die vereinsrelevanten Zusammenhänge (andere Vereine und Landesverband) hinausreichen.

Der Diskurs zu Potentialen wie auch Grenzen ehrenamtlichen Engagements in der Arbeit mit Geflüchteten steckt noch in den Kinderschuhen und es bedarf eines systematischen Abgleichs von Perspektiven und Arbeitsselbstverständnissen wie auch eines Diskurses über Grenzen und Potentiale ehrenamtlicher Tätigkeiten. Gleichzeitig muss an einer engeren Verknüpfung zivilgesellschaftlichen Engagements und den professionellen Hilfearrangements des dritten Sektors gearbeitet werden. Das ist die Diskurs- und Schnittstelle, an der die Arbeit der Welcome Points, als Intermediäre im Sozialraum, ansetzen kann.

4. Der blinde Fleck lokaler Governance

Unser Blick auf die organisierten Kommunikationszusammenhänge rekonstruiert die Sichtweise und Arbeitszusammenhänge der Personen, die mit Geflüchteten arbeiten. Umgekehrt exkludiert der Fokus auf die Koproduktion sozialstaatlicher Leistungen und Formen des Local Governance systematisch die Bedarfe, Bewertungen und Sinnzuschreibungen der Adressat_innen dieser komplexen Arbeitszusammenhänge. Es ist sicherlich kein einfaches Unterfangen, die heterogene Gruppe der geflohenen Personen in die Weiterentwicklung der für sie entwickelten Organisationslösungen und Verfahren einzubinden, um hier tatsächlich von „Koproduktion“ sprechen zu können. Über Bewertungen und Lebensweltwissen der geflüchteten Personen haben bislang weder Wissenschaft noch Politik systematisches Wissen. Es ist deshalb Aufgabe der Wissenschaft, entsprechende partizipative Erhebungsformate zu entwickeln, die diese Datenlücke schließen. Gleichmaßen ist es politische Aufgabe ein Maß demokratischer Teilhabe für neuzugewanderte Personen zu öffnen, Formen der Interessenvertretung von Geflüchteten zu erproben und zu institutionalisieren. Diese Aufklärung der Arbeit mit Geflüchteten „von unten“ (van Rießen 2016, S. 59) ist nicht nur normativ-partizipatorisch geboten, sondern sie gewährleistet zugleich eine bessere Information und Passgenauigkeit operativer Arrangements – indem sie die Subjekte zum Ausgangspunkt nimmt.

LITERATUR

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (2014): Das Gemeinsame Europäische Asylsystem. Luxemburg. Auf: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/ceas-fact-sheets/ceas_factsheet_de.pdf [01.03.2017].

BAMF (2016): Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte. Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Auf: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Studien/wp66-emn-unterstuetzung-schutzberechtigte-arbeitsmarkt.pdf?__blob=publicationFile [10.08.2017].

Bode, Ingo (2017): Vernetzung als regierungstechnologisches Rettungsprogramm? Ein Deutungsversuch am Beispiel des organisierten Kinderschutzes, in: Zeitschrift für Sozialreform, 63 (1), S. 47-74.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2017): Asylgeschäftsbericht für den Monat Dezember und das Berichtsjahr 2016. Auf: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201612-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.html?nn=7952206> [05.06.2017].

Blätte, Andreas (2015): Grenzen und Konfigurationen politischer Handlungsfelder. Skizze einer typologischen Theorie, in: dms – der moderne staat 8 (1), S. 92-112.

Bommes, Michael (1999): Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat. Ein differenzierungstheoretischer Entwurf. Opladen/Wiesbaden.

Braun, Steffan (2017): Warum Deutschland ein Integrationsministerium braucht, in Süddeutsche Zeitung vom 24.08.2017. Auf: <http://www.sueddeutsche.de/politik/einwanderung-warum-deutschland-ein-integrationsministerium-braucht-1.3638735?reduced=true> [05.09.2017].

Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (Hrsg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Forschungsbericht 14/2016. Nürnberg.

Brücker, Herbert / Hauptmann, Andreas / Sirries, Steffen (2017): Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland: Der Stand zum Jahresbeginn 2017. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Aktuelle Berichte. Auf: http://doku.iab.de/aktuell/2017/aktueller_bericht_1704.pdf [10.08.2017].

Emmerich, Markus (2010): Regionalisierung und Schulentwicklung: Bildungsregionen als Modernisierungsansätze im Bildungssektor, in: Altrichter, Herbert / Maag Merki, Katharina (Hrsg.): Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem. Wiesbaden, S. 355-375.

Evers, Adalbert (2015): Wohlfahrtsmix im Bereich Sozialer Dienste, in: Ders. (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden, S. 265-283.

Gebhardt, Dirk (2013): Integrationspolitik und die Quartiersebene – zwischen kommunaler Integrationspolitik und Sozialer Stadtpolitik, in: Schnur, Olaf (Hrsg.): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden, S. 27-39.

IAB (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland – eine qualitative Befragung, IAB-Forschungsbericht 9/2016. Nürnberg.

IQ-Fachstelle Einwanderung (2017a): Arbeitsmarktintegration von Zuwanderungsgruppen in Deutschland. Working-Paper 2. Auf: http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Bilder/Fachstelle_Einwanderung/FE_WP_AI_Zuwanderungsgruppen_17-02-06_final.pdf [05.08.2017].

IQ-Fachstelle Einwanderung (2017b): Die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen: Zahlen, Fakten und internationale Erfahrungen. Working-Paper 4. Auf: <http://www.netzwerk->

iq.de/fileadmin/Redaktion/Bilder/Fachstelle_Einwanderung/FE_WP_AI_Zuwanderungsgruppen_17-02-06_final.pdf [05.08.2017].

Janssen, Jörg (2017): Stadt schafft neues Amt für Integration, in Rheinische Post vom 10.07.2017. Auf: <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/stadt-schafft-neues-amt-fuer-integration-aid-1.6937888> [01.09.2017].

Köhling, Karola/ Stöbe-Blossey, Sybille (2017): Integration durch Bildung. Die Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge als Querschnittsaufgabe. Zwischenbericht zum Projekt „Kooperation von Akteuren vorbeugender Sozialpolitik. Eine Analyse am Beispiel der Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge“. Duisburg. Auf: <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-forschung/2017/fo2017-04.pdf> [10.08.2017].

Landeshauptstadt Düsseldorf (2006): Geschäftsordnung Stadtbezirkskonferenz Senioren. Auf: https://www.duesseldorf.de/fileadmin/files/senioren/start/gemeinsam_aktiv_fuer_das_alter/go_stadtbezirkskonferenzen.pdf [10.08.2017].

Landeshauptstadt Düsseldorf (2011): Sozialräumliche Gliederung. Fortschreibung 2011. Auf: http://www.duesseldorf.de/statistik/stadtforschung/download/sozialraeumliche_gliederung2011.pdf [20.02.2017].

Landeshauptstadt Düsseldorf (2016a): Statistische Daten. Düsseldorf 2016. Bevölkerung. Auf: https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/05_bevoelkerung/SD_2016_Kap_5.pdf [01.03.2017].

Landeshauptstadt Düsseldorf (2016b): Stadtbezirk 05. Auf: <https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/stadtbezirke/Stadtbezirk05.pdf> [01.03.2017].

Landeshauptstadt Düsseldorf (2016c): Stadtbezirk 06. Auf: <https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/stadtbezirke/Stadtbezirk06.pdf> [01.03.2017].

Mayntz, Renate (1997): Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen, in: Dies.: Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodologische Überlegungen. Frankfurt a.M., S. 239-262.

NRW Koalition (2017): Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen. Auf: <http://www.ksta.de/nrw/landtagswahl2017/nrw-koalitionsvertrag-neun-ministerien-fuer-cdu--drei-fuer-fdp---der-vertrag-im-wortlaut-27804010> [10.09.2017].

Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (Hrsg.) (2005): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit. München und Basel.

Rheinische Post vom 06.07.2017: Kritik am neuen städtischen Integrationsamt. Auf: <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/kritik-am-neuen-staedtischen-integrationsamt-aid-1.6930255> [01.09.2017].

van Rießen, Anne (2016): Zum Nutzen Sozialer Arbeit. Theaterpädagogische Maßnahmen im Übergang zwischen Schule und Arbeit. Wiesbaden.

van Rießen, Anne/ Herzog, Kerstin (2017): Institutionelle Blockierungen und Begrenzungen von Angeboten Sozialer Arbeit - eine Rekonstruktion aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzer_innen, in: Bilgi, Oktay/ Frühauf, Marie/ Schulze, Kathrin (Hrsg.): Widersprüche gesellschaftlicher Integration - Zur Transformation Sozialer Arbeit. Wiesbaden, S. 129-145.

van Rießen, Anne / Bleck, Christian / Knopp, Reinhold (i.E.) (2018): Sozialräumliche Perspektiven in pflegerischen Kontexten des Alterns. Eine Hinführung, in: Dies. (Hrsg.): Alter und Pflege im Sozialraum. Theoretische Erwartungen und empirische Bewertungen. Wiesbaden.

Ritgen, Klaus (2016): Die völker- unions- und verfassungsrechtlichen Vorgaben des nationalen Flüchtlingsrechts, in: Hennecke, Hans-Günther (Hrsg.): Flüchtlingsunterbringung und -integra-

tion als kommunale Herausforderung. Schriften zum deutschen und europäischen Kommunalrecht. Stuttgart u.a., S. 11-35.

Schamann, Hannes (2017): Stadt, Land, Flucht. Konzeptionelle Überlegungen zum Vergleich städtischer Flüchtlingspolitik in Deutschland, in: Barbehöhn, Marlon / Münch, Sybille (Hrsg.): Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik. Wiesbaden, S. 91-115.

Stöbe-Blossey, Sybille (2016): Kooperation in der Sozialpolitik: Koordinationsmechanismen an den Schnittstellen von Politikfeldern, in: dms – der moderne staat 9 (1), S. 161-182.

Straus, Florian (2010): Netzwerkkarten – Netzwerke sichtbar machen, in: Stegbauer, Christian/ Häußling, Roger (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden, S. 527-539.

Ulusoy, Yunus u.a. (2016): Wissenschaftliche Begleitung der Kommunalen Integrationszentren und der Landesweiten Koordinierungsstelle NRW. Ergebnisbericht. Vorgelegt von der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster. Essen.

Hochschule Düsseldorf
University of Applied Sciences

HSD

Fachbereich Sozial-
und Kulturwissenschaften

SK

Forschungsstelle für
sozialraumorientierte Praxis-
forschung und Entwicklung

Forschungsstelle DIFA -
Düsseldorfer Integrationsförderung
in (Aus)Bildung und Arbeit